



Eine aktive kommunale Bodenpolitik ist Voraussetzung für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Ohne Grund und Boden in öffentlicher Hand geht es nicht. Wohin die Reise geht, wenn die Stadt einseitig auf private Immobilienkonzerne vertraut, sieht man z.B. in Mülheim Süd und Ehrenfeld. Ein jahrelanges privatwirtschaftliches Verwertungskarussell hat zur exponentiellen Verteuerung von Grundstücken geführt hat, die teilweise sogar einmal der Stadt gehörten – Grundstücke, die zum großen Teil inzwischen schon jahrelang Sandwüsten und Baugruben geblieben sind, oder auf denen überwiegend unbezahlbarer Wohnraum entsteht, aber eben keine zukunftsfähige Stadt.

Welche Antworten hat die Politik auf diese Herausforderung? Wie soll es in Zukunft anders laufen? Und was kann die Verwaltung tun, um politische Ziele umzusetzen? Die Veranstalter haben den Podiumsgästen vorab Anregungen für den Einstieg in die überfällige Diskussion zugesandt.

Mehr zum Hintergrund finden Sie in einem Beitrag von Sascha Gajewski (Stadttraum 5und4) für die „Impulse“ des [Bündnisses für kommunale Nachhaltigkeit](#) unter dem Titel „Bauen und Wohnen ist teuer, weil Boden teuer ist – auch ein hausgemachtes Problem“ ([hier](#) auf Seiten 16-21).

Was wir mit „Sandwüsten und Baugruben“ meinen, können Sie auf [diesen Fotos](#) von Helmut Nick aus dem Mülheimer Süden sehen. Und das oben angesprochene „Verwertungskarussell“ hat Boris Sieverts in einer [hier dokumentierten](#) faktenreichen Rede auf der Veranstaltung „Baugruben zu Baggerseen“ am Beispiel der ehemaligen KHD-Flächen anschaulich dargelegt.